

Trumps Geldsegen für Davos – trotz Absage

Weltwirtschaftsforum Wegen des anhaltenden Regierungsstillstands in Washington hat US-Präsident Donald Trump seine geplante Teilnahme am WEF abgesagt. Doch die US-Buchungen in Davos gehen längst in die Millionen.

Markus Häfliger

Am 20. Tag des Shutdowns der US-Bundesregierung haben seine Schockwellen auch die Schweizer Berge erreicht. US-Präsident Donald Trump hat seine Teilnahme am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos abgesagt. Das vom 22. bis 25. Januar stattfindende Treffen verliert damit seinen diesjährigen Stargast.

«Wegen der Uneinsichtigkeit der Demokraten den Grenzschutz betreffend und der Wichtigkeit von Sicherheit für unser Land sage ich hochachtungsvoll meine sehr wichtige Reise nach Davos in der Schweiz zum Weltwirtschaftsforum ab», twitterte Trump gestern.

Buchungen in Millionenhöhe vorgenommen

Trotz des Shutdowns haben die US-Behörden bis zuletzt weiter Verträge mit Hoteliers und anderen Dienstleistern in und um Davos abgeschlossen. Das heisst, dass die US-Regierung seit Wochen zwar ihre Beamten nicht bezahlen kann, dass sie für das WEF in Davos aber weiterhin hohe Beträge ausgibt.

Zwölf Tage vor WEF-Beginn hat die US-Regierung für den eigentlich geplanten Davos-Besuch Trumps und seiner Entourage umgerechnet Buchungen in Höhe von mindestens 3,45 Millionen Franken vorgenommen. Das geht aus einer Datenbank der US-Regierung hervor, welche diese Zeitung ausgewertet hat.

Gemäss den Einträgen in der Datenbank sind 2,8 der 3,4 Millionen Franken bereits vor Beginn der Budgetkrise ausgegeben worden. Doch auch seit dem Shutdown haben die amerikanischen Behörden für die geplante WEF-Reise weitere Verträge im Wert von Hunderttausenden von Dollar in der Datenbank eingetragen. Unter diesen Neueinträgen findet sich etwa eine Vorauszahlung von 322 953 Dollar für Mietwagen sowie 231 855 Dollar für Zimmer im 3-Stern-Haus Madrisa Lodge in Klosters.

Dass die Regierung trotz Budgetkrise in der Schweiz munter



Hotel Quellenhof in Bad Ragaz: Hier hat der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer während des WEF Zimmer reserviert. Foto: Markus Kirchgessner (Lair)

«Ich sage hochachtungsvoll meine sehr wichtige Reise nach Davos in der Schweiz ab.»

Donald Trump

weiter Hotels bucht und Autos mietet, kommentiert die US-Onlinezeitung «Quartz» spitz. Sie stellt die Regierungsausgaben für das Weltwirtschaftsforum der Situation zu Hause gegenüber,

wo Trumps Regierung rund 800 000 Regierungsangestellte entweder nach Hause geschickt hat oder ohne Bezahlung weiter arbeiten lässt.

Maliziös weist die Zeitung auch darauf hin, dass die WEF-Ausgaben auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler erfolgen – der gleichen Steuerzahler also, welche wegen des Shutdowns zu Hause gegenwärtig nur noch eine teilweise operative Staatsverwaltung haben.

Weiter führt die US-Zeitung ihren Lesern vor Augen, in welch luxuriösen Unterkünften Trumps Delegation in Graubünden abzu-

steigen plante. So findet sich in der Datenbank eine Rechnung über 227 733 Dollar für einen sogenannten Functional Space, welcher für den amerikanischen Präsidenten im Davoser 5-Stern-Hotel Intercontinental hätte eingerichtet werden sollen.

Riesengeschäft für die Tourismusbranche

Die übrigen Minister, von denen einige trotz Trumps Absage ans WEF reisen dürften, logieren nicht minder angenehm: So haben der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer und seine Equipe im Bad Ragazer 5-Stern-

Hotel Quellenhof für 103 935 Dollar Zimmer reserviert. Und «Quartz» vergisst natürlich nicht zu erwähnen, über welche tolle Spa-Anlagen der Quellenhof verfügt – indoor wie outdoor notabene.

Aus Schweizer Sicht zeigen die Zahlen der amerikanischen Regierung, was für ein Riesengeschäft das WEF für die hiesige Tourismusbranche darstellt. Selbst bescheidene 3-Stern-Hotels und Appartementanlagen in und um Davos können dem amerikanischen Staat hohe sechsstelligen Beträge in Rechnung stellen. Dabei zeigen in der

US-Datenbank erfasste Rechnungen höchstwahrscheinlich noch nicht den ganzen Umfang der US-Ausgaben, weil die Rechnungen oftmals erst mit Verzögerung erfasst werden.

Ob alle diese Zahlungen auch fällig werden, nachdem Trump seine Davos-Reise absagt hat, geht aus der Datenbank nicht klar hervor. Die US-Zeitung «Quartz» geht davon aus, dass der US-Staat so oder so zahlen wird. Zum Beleg verweist sie auf die «rigide Annullierungspolitik» von Davoser Hoteliers und anderen Dienstleistern während des WEF.

Der Bund erwartet zahlreiche Anfragen um Wohnbaugelder

Parlament Der Fonds für gemeinnützige Wohnungsprojekte bleibt trotz reger Nachfrage politisch umstritten.

Es brauche mehr staatliche Wohnbauförderung: Davon ist der Schweizerische Mieterverband überzeugt. Der Bund müsse dafür sorgen, dass 10 Prozent der Neubauwohnungen gemeinnützig erstellt würden. Doch mit seiner Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» stösst der Verband im Parlament auf eine Wand der Ablehnung. Nur SP und Grüne haben im Dezember im Nationalrat das Anliegen unterstützt. Der Tenor bei den Bürgerlichen: Das sei Sache der Kantone, Gemeinden und Hauseigentümer. Sie verweisen darauf, dass auch der Bund bereits über ein Instrument zur Wohnbauförderung verfüge: den sogenannten Fonds de Roulement, aus dem gemeinnützige Bauträ-

ger zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen beziehen können. Dieser Fonds wird in der anstehenden Abstimmung eine wichtige Rolle spielen: Als indirekten Gegenvorschlag beantragt der Bundesrat, dem Fonds über einen Zeitraum von zehn Jahren zusätzliche 250 Millionen Franken zuzuführen.

«Markanter Zuwachs»

Dass dafür eine Nachfrage besteht, davon ist man beim Bund überzeugt. Tatsächlich wird der Fonds – von einem zwischenzeitlichen Einbruch im Jahr 2017 abgesehen – rege genutzt. Im Jahr 2018 wurden insgesamt 36 Darlehen mit einem Gesamtbetrag von 26,7 Millionen Franken für 838 Wohnungen gewährt. Dies

geht aus der noch unveröffentlichten Statistik des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO) hervor.

«Zudem erwarten wir aufgrund verschiedener Grossprojekte in den nächsten Jahren einen markanten Zuwachs», sagt Felix Walder, stellvertretender BWO-Direktor. Er erwähnt etwa das Bauvorhaben rund um das Felix-Platter-Spital in Basel, das Hobelwerk in Winterthur oder das Quartier Plaines-du-Loup in Lausanne, wo dereinst über 9000 Menschen wohnen sollen. «Kommt der Rahmenkredit von 250 Millionen Franken durch», betont Walder, «rechnen wir mit einer Nachfrage bis 1300 Wohnungen jährlich, welche wir tatsächlich gewähren könnten.»

Ob das Parlament die 250 Millionen genehmigt, ist jedoch ungewiss. «An sich würde es gar keine staatliche Wohnbauförderung brauchen, und eine Aufstockung des Rahmenkredits lehne ich dezidiert ab», sagt FDP-Politiker Andrea Caroni, der sich als Mitglied der vorberatenden Kommission des Ständerates (WAK) Anfang nächster Woche mit der Initiative und dem indirekten Gegenvorschlag beschäftigen wird. Der Fonds verfüge noch über genügend Geld.

Initianten erzürnt

Der Grüne Michael Töngi, der sich für eine Aufstockung starkgemacht hat, widerspricht. Die Mittel des Fonds seien im Umlauf, und erst wenn eine Genos-

senschaft ein Darlehen zurückbezahlt habe, könne eine weitere ein Darlehen erhalten. «Ohne den neuen Kredit müsste man eine drastische Einschränkung der Wirkungsmöglichkeiten dieses Fonds hinnehmen.»

Was Töngi besonders stört: Der Bundesrat «erfreche» sich, den indirekten Gegenvorschlag als Druckmittel gegen die Initianten einzusetzen. In der Tat wird der Fonds nur aufgestockt, sofern es ein Nein zur Initiative gibt. Andernfalls entfällt die geplante Anhebung des Rahmenkredits. «Wir machen diese Verknüpfung, um – sagen wir es im Klartext – etwas Schulterdruck aufzubauen», erklärte der vor-malige Bundesrat Johann Schneider-Ammann dazu.

Diese Aussage ist brisant, weil die Verfassungsmässigkeit des Gegenvorschlags angezweifelt wird. So besagt ein Gutachten, das der Rechtswissenschaftler Andreas Glaser im Auftrag des Mieterverbandes erarbeitet hat, dass die Einheit der Materie tangiert werde. Über die Aufstockung des Fonds solle losgelöst von der Initiative entschieden werden, so Glaser. Die freie Meinungsbildung der Stimmberechtigten würde sonst «ohne Notwendigkeit eingeschränkt». Natalie Imboden, Generalsekretärin des Mieterverbandes, sieht durch das Gutachten den «erpresserischen» Charakter der Verknüpfung bestätigt.

Gregor Poletti